

Unterbrechung des Transits von russischem Gas wird Ukraine in zwei Teile spalten

29 Dez. 2024 21:09 Uhr

Durch die Unterbrechung des Gastransits wird das ukrainische Transitsystem als ein zusammenhängender Wirtschaftskomplex tatsächlich zerstört. Es entstehen zwei unabhängige Teile des Systems. In diesem Sinne wird dies die wirtschaftliche Teilung der Ukraine sein – ein wahrscheinlicher Vorläufer der politischen Teilung des Landes.



© Getty Images / Yakobchuk
Symbolbild

Von *Gleb Prostackow*

Die Unterbrechung des Transits von russischem Gas durch die Ukraine hat weitaus mehr verborgene Folgen, als es scheint. Diese Initiative geht ausschließlich auf Kiew zurück und wurde kaum mit den ukrainischen Partnern in den USA und der EU abgestimmt.

Indem Kiew die Durchleitung offiziell stoppt, verhindert es angeblich, dass der "Aggressor" an den Gaslieferungen in die EU verdient. Es ist klar, dass das ukrainische Naftogaz 700 bis 800 Millionen US-Dollar an jährlichen Transitgebühren verliert, allerdings wird dieses Geld die Ukraine ohnehin nicht retten. Der ukrainische Haushalt ist vollständig von externen Finanzspritzen abhängig, was bedeutet, dass niemand mit den eigenen Einnahmen rechnet.

Auch Brüssel beschwert sich nicht über die Ukraine. Durch die Unterbrechung des Transits von etwa 40 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr wird die EU eine noch stärkere Beschleunigung der Gaspreise erfahren (die bereits konstant über 450 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter liegen). Die Beendigung des

Durchlasses trifft jedoch nur eine begrenzte Anzahl von EU-Staaten direkt – nämlich Ungarn, die Slowakei und Österreich. Die Regierungschefs der beiden erstgenannten Länder – Viktor Orbán und Robert Fico – sind der Europäischen Union seit langem ein Dorn im Auge.

Brüssel sieht nur Vorteile darin, diese Länder im Gasbereich zu bestrafen, was der lokalen Industrie und der politischen Stabilität der führenden Politiker schadet. Österreich, das kürzlich mit dem Geld, das es von Gazprom in Form von Gas erhalten wollte, ein falsches Spiel versuchte, verlor seinen Liefervertrag sogar noch früher. Wien hat also nicht viel zu verlieren.

Zusätzliche Gasknappheit auf dem europäischen Kontinent ist auch für die USA von Vorteil. Der designierte US-Präsident Trump hat bereits gefordert, dass die EU mehr US-amerikanisches Erdöl und Erdgas kauft, um die Zahlungsbilanz auszugleichen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Unterbrechung des Transits mit Trump abgesprochen wurde, aber dieser wird dieser Initiative sicherlich nicht widersprechen.

Selenskij hat die lang erwartete Vollmacht erhalten, die internationalen Gasströme zu bändigen, und er hat beschlossen, sie zu nutzen. Aber mit welchem Ziel? Fast drei Jahre Krieg auf ukrainischem Territorium haben den Transport von russischem Gas durch die Ukraine nicht beeinträchtigt. Genauso wie die Öllieferungen, die weiterhin durch die Druschba-Pipeline fließen, Kiew nicht gestört haben. Und doch soll der Transit nun gestoppt werden. Doch was hat Kiew eigentlich vor? Trotz der Erklärung des russischen Außenministers Sergei Lawrow, dass Selenskijs Vorgehen unlogisch sei, lässt sich ein gewisser, wenn auch pervertierter Sinn darin erkennen.

Die große Unsicherheit angesichts der bevorstehenden Amtseinführung Trumps zwingt Kiew dazu, engere Kontakte zu politischen Kräften in der EU zu suchen, die dem künftigen US-Präsidenten skeptisch gegenüberstehen. In erster Linie setzt Selenskij auf Paris, Berlin (wahrscheinlich schon unter dem neuen Kanzler) und London, das weiterhin eine wichtige Rolle in den Angelegenheiten des Kontinents spielt. Um die Anti-Trump-Koalition zu stärken, muss Brüssel Orbán und Fico in die Schranken weisen. Da sie kein russisches Gas erhalten können, werden sie gezwungen sein, nach alternativen Quellen zu suchen und werden somit abhängig von Ländern, die US-amerikanisches Flüssiggas erhalten können (zum Beispiel Polen).

Die Gasreserven der Slowakei reichen aus, um höchstens sechs Monate ohne russische Lieferungen auszukommen. Es ist klar, dass sie in dieser Zeit keine Möglichkeit haben werden, eine Verbindung zur TurkStream-Pipeline in die Slowakei zu bringen, und Bratislava wird sich Warschau und Brüssel beugen müssen, um eine ausgewachsene Energiekrise im Land zu vermeiden. Ähnliches gilt für Orbán, obwohl Ungarns Abhängigkeit von russischem Gas etwas geringer ist.

Das Problem ist, dass die Unterbrechung des Transits für die Ukraine selbst am schmerzhaftesten ist. Erstens ist das Transitgas die Quelle der sogenannten umgekehrten Brennstofflieferungen an die Ukraine, bei denen russisches Gas von europäischen Händlern (von denen viele von ukrainischen Strukturen unterstützt wurden) gekauft und unter dem Deckmantel von EU-Gas in die Ukraine zurückgeführt wurde. Nun wird die EU gezwungen sein, der Ukraine schwer zu förderndes und viel teureres US-amerikanisches, norwegisches und katarisches Gas zu verkaufen, das Kiew beim Transport viel mehr kosten wird.

Zweitens wird durch die Unterbrechung des Gasdurchlasses das ukrainische Transitsystem als ein zusammenhängender Wirtschaftskomplex tatsächlich zerstört. Der verringerte Druck in den

Hauptgasleitungen wird zu Problemen beim Transport des in den Gebieten Poltawa und Charkow geförderten Gases in die westlichen Regionen führen. Umgekehrt wird es schwierig sein, Gas aus den Untergrundspeichern im Westen des Landes in die dicht besiedelten Gebiete der Ost- und Zentralukraine zu transportieren. Es werden also zwei unabhängige Teile des Gastransitsystems entstehen. In diesem Sinne wird dies die erste – wirtschaftliche – Teilung der Ukraine sein. Diese wird wahrscheinlich zum Vorläufer der politischen Teilung des Landes.

Wie problematisch die Gasversorgung ist, zeigt auch die vor kurzem getroffene Entscheidung Kiews, Gasexporte zu verbieten. Die Brennstoffreserven des Landes werden nicht mehr lange ausreichen, aber die derzeitige Regierung scheint alles auf eine Karte zu setzen und denkt nicht an die Zukunft.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt: Der verringerte Druck im Gastransportsystem in Verbindung mit der Einwirkung russischer Raketen auf die Bodeninfrastruktur der Untergrundspeicher könnte Kiew eine gerechtfertigte höhere Gewalt beschern, die es ihm erlaubt, den Brennstoff aus seinen Lagern überhaupt nicht an die Bevölkerung freizugeben, sondern ihn eventuell langsam nach alter Gewohnheit zu stehlen. Die zunehmenden Risiken haben die europäischen Gashändler bereits gezwungen, die Einspeisung von Gas in die ukrainischen Speicher drastisch zu reduzieren und die Entnahmen aus diesen zu erhöhen. Aber bis zum 1. Januar 2025, wenn der Transitvertrag ausläuft, wird noch genügend Brennstoff in den Untergrundspeichern vorhanden sein, über den Kiew nach eigenem Ermessen verfügen kann.

Mit anderen Worten: Die Einstellung des Transits ist für alle schlecht, vor allem aber für die Ukraine selbst. Für Selenskij und Co ist dies jedoch ein zusätzlicher Trumpf im entscheidenden Kampf um die Macht, der einzig und allein durch den laufenden Krieg getragen wird.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 28. Dezember 2024 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

Gleb Prostackow ist ein russischer Wirtschaftsanalyst.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.